

Judith Oexle

Schrumpfende Ressourcen, weniger Menschen: Perspektiven der Denkmalpflege

Vortrag anlässlich des Symposiums «Nachdenken über Denkmalpflege» (Teil 4):
«Nur die Prachtstücke? – Kategorisierung in der Denkmalpflege», Berlin, 2. April 2005

Die staatliche Denkmalpflege ist von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig. Darüber wird viel zu wenig diskutiert, obwohl sich die tiefgreifenden Wandlungen, die unsere Gesellschaft durchlebt, bereits heute abzeichnen. Wo wenig oder gar nicht investiert wird, wo demographischer Wandel und Migration bereits jetzt spür- und erlebbar den Alltag in Mitteldeutschland bestimmen, verliert der Denkmalschutz im traditionellen Selbstverständnis an Bedeutung.

Die schöne «alte» Stadt ist ein Lebensumfeld, das in Mitteldeutschland nach 1945 schmerzlich vermisst wurde, da der Wiederaufbau nur begrenzt gelang. Sehnsüchtig blickte man aus Sachsen nach Süden und Osten: auf die kaum zerstörten Städte Tschechiens und auf die wiederaufgebauten Städte in Polen. Danzig, Warschau oder Breslau sind maßstabsbildende Orte denkmalpflegerisch gelungenen Wiederaufbaus, die bis heute ein fast «entökonomisiertes» Verständnis von Stadt in den intellektuellen Eliten Mitteldeutschlands prägen. Der Erinnerung entglitten ist dabei, dass dieser Wiederaufbau unter totalitären Rahmenbedingungen, weitgehend unberührt von tradiertem, privatem Grundeigentum geschah und zugleich ein «archaisiertes» Bild der alten Stadt generierte. Der exemplarischen Untersuchung Gregor Thums¹ zu Breslau verdanken wir grundlegende Einsichten zu den städtebaulichen «Erinnerungsstrategien» der Zeit nach 1945: Er vermag aufzuzeigen, dass die wieder aufgebaute Innenstadt des heutigen Breslau ein Dokument für den Versuch ist, ein polnisches, d. h. ein piastisch-mittelalterliches Breslau zu bauen, das an die Stelle der preußisch-deutschen Bauüberlieferung trat und der neu angesiedelten Bevölkerung eine Anknüpfung in Selbstverständnis und Herkunft erlauben sollte.² Die Abwesenheit der «realen» Ökonomie erlaubte in Polen die bauliche Realisierung dieser urbanistischen Konzepte. Dieses Konzept der Wiedergewinnung «alter Stadtbilder» war an-

gesichts marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und gesichertem Grundeigentum in der Nachwendezeit in Mitteldeutschland eben nicht realisierbar. Das führte zu grundlegenden denkmalpflegerischen, im Kern aber politischen Konflikten, die leidenschaftlich ausgetragen wurden. Exemplarisch mag die Dresdner Wiederaufbaudebatte für diese Diskussionen stehen.³

Es überrascht, dass in der Denkmalpflege-Debatte wichtige, zukunftsbestimmende Faktoren kaum zur Kenntnis genommen werden. Es sind dies vor allem die demographischen und wirtschaftlichen Schrumpfungsprozesse in Nordost- und Mitteldeutschland. Unstrittig ist angesichts der vorliegenden Zahlen, dass Veränderungen unausweichlich sein werden. Die Diskussion um den demographischen Wandel⁴ hat zwar die breite Öffentlichkeit erreicht, aber ein politisches Handlungsfeld, das der Kultur nämlich, scheint sich dieser Debatte noch entziehen zu wollen. Dabei ist es unausweichlich, dass auch die staatsfinanzierten «kulturellen Besitzstände», die uns zwischen den ausgehenden sechziger Jahren und den neunziger Jahren so lieb und selbstverständlich geworden, auf den Prüfstand kommen. Zu den kulturellen Besitzständen, über deren Zukunft wir nachzudenken haben, gehören aber nicht nur Rundfunksymphonieorchester, sondern auch das Aufgabenfeld der staatlichen Denkmalpflege, zu deren Kernaufgaben Erhalt und Pflege der alten Stadt gehören.

Welche Folgen wird der demographische Wandel für die Denkmalpflege haben? In Sachsen sind demographischer Wandel und Migration bereits im Alltag erfahrbar, und im gesamtdeutschen Vergleich hat die vom Berliner Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung im April 2004 vorgelegte Studie «Deutschland 2020» diese Prozesse sehr anschaulich visualisiert. Im deutschlandweiten Vergleich zeigt sich Sachsen als ein Land, dessen Binnenwanderungssaldo innerhalb Deutschlands negativ ist, vor allem zugunsten von Bay-

ern, das die Studie als Zuwanderungsland ausweist. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, dass der Norden Bayerns vom mitteldeutschen Exodus ebenso betroffen ist wie die Oberlausitz. Sachsen als Beispiel für eine Modellierung der Zukunft denkmalpflegerischer Arbeit auch in Bayern heranzuziehen, ist also methodisch gerechtfertigt. Für das Modellierung von Zuzugsregionen wie den Großraum München liefert Sachsen allerdings keine Vergleichsdaten. Unstrittig ist aber, dass auch in Zuzugsregionen mit hohem Flächenverbrauch, hohen Grunderwerbskosten und Mietpreisen der Druck auf die Denkmalpflege wachsen wird. Für Schrumpfs- wie Wachstumsregionen gleichermaßen gilt, dass Transferzahlungen, also Leistungen des Staates wie direkte Zuschüsse zur Substanzerhaltung von Denkmalsubstanz sowie die Steuerabschreibungen für denkmalbedingten Mehraufwand angesichts der Knappheit öffentlicher Haushalte von überschaubarer Dauer sein dürften.

Betrachten wir im folgenden die für Sachsen zukunftsbestimmenden Rahmendaten,⁵ die im wesentlichen auf Angaben des Statistischen Landesamtes sowie die Ergebnisse des Demographiegipfels zurückgehen, den die Sächsische Staatskanzlei gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung im April 2004 in Dresden durchgeführt haben. Die Kenntnis dieser Daten ist für ein Zukunftsmodellierung der Denkmalpflege unverzichtbar, da die Denkmalpflege Teil einer sich wandelnden Gesellschaft ist und die Veränderungen, die zugleich Veränderungen «denkmalpflegerischer Geschäftsgrundlage» sind, zur Kenntnis nehmen muss.

Aktuelle Rahmenbedingungen der Denkmalpflege

1. Seit 1990 hat Sachsen knapp 800.000 Einwohner verloren. Es ist dies die Summe aus Wanderungssaldo (d. h. Zuzüge minus Fortzüge) und natürlichem Saldo (Geburten minus Sterbefälle). Der Bevölkerungsverlust allerdings setzt bereits in der DDR ein: Von 5,7 Mio. Einwohnern im Jahr 1950 waren 1990 nur noch 4,91 Mio. übrig. Zum Jahresende 2003 lebten noch 4,32 Mio. Einwohner in Sachsen, für 2020 wird eine Einwohnerzahl von 3,79 Mio. Einwohnern erwartet. Die Zuzugsregionen nach 1990 sind vor allem das südliche Bayern, das mittlere Neckargebiet, das Ruhrgebiet und der Großraum Hamburg. Die Zuwächse dort sind also durchweg Wanderungsgewinne, ein Befund, den die Bevölkerungsprognose bis 2020 bestätigt und fortschreibt, da sich die alten mitteldeutschen Industrie-

reviere, ja die ganze Mitte Deutschlands weiter entleeren werden.

Im Detailblick auf Sachsen zeigt sich, dass die Bevölkerungsentwicklung regional unterschiedlich verläuft. Hauptverlierer werden die östlichen Landkreise und kreisfreien Städte sein – die beiden kreisfreien Städte Görlitz und Hoyerswerda werden nochmals 25,7% bzw. 37,0% der Einwohnerschaft verlieren, der Niederschlesische Oberlausitzkreis und die Kreise Löbau – Zittau sowie Bautzen werden Bevölkerungsrückgänge zwischen 22% und 14,0% zu verkraften haben. Auch Chemnitz wird noch einmal 8,2 % der Einwohner verlieren. Gewinner – wenn auch in bescheidenem Umfang – sind die Städte Leipzig und Dresden mit einem Plus von 1,4 % bzw. 2,7 %. Neben wenigen Stabilitätsinseln entstehen damit regionale Cluster starken Bevölkerungsverlustes – im ländlichen Bereich ebenso wie in den alten industriellen Zentren.

2. Sachsen gehört mit einem Altersdurchschnitt von aktuell 43,3 Jahren zu den «ältesten» Bundesländern Deutschlands. Damit zusammen geht ein bemerkenswerter Männerüberschuss im gesamten Osten Deutschlands, der sich demographisch nochmals exponentiell auswirken wird. Der Kreis Löbau-Zittau ist Spitzenreiter in der Bundesrepublik mit nur noch 79,8 Frauen auf 100 Männer. Die künftigen politischen Auswirkungen des Männerüberschusses haben die Landtagswahlen in Sachsen in ihren extremen politischen Ausschlägen bereits angezeigt – wir wissen, dass überproportional viele Männer, vor allem junge Männer, NPD gewählt haben.

3. Nicht zufällig liegen schon jetzt sieben von dreizehn Nationalparks in Ost- und Mitteldeutschland. Die Renaturierung von aufgelassenen bzw. demographisch ausgedünnten Flächen wird in Sachsen auch ohne weitere Gesetzesflankierung voranschreiten. Ohne Naturschutz werden Tier- und Pflanzenarten, die durch die Industrialisierung des 19. und 20. Jahrhunderts zurückgedrängt worden sind, zurückkehren. Schrumpfsprozesse werden daher auch ein Neu- und Umdenken im institutionalisierten Naturschutz erzwingen und durchaus positive Auswirkungen auf den Substanzerhalt archäologischer Denkmäler haben.

Vor allem in Ostsachsen, in der nördlichen Oberlausitz, also im Gebiet zwischen Kamenz und Görlitz, Zittau und Weißwasser, lassen sich die Folgen von Deindustrialisierung, Migration und Kontraktion bereits

heute deutlich erkennen. Als ein Beispiel sei Knappenrode, eine 1913 von Otto Werminghoff dicht bei Hoyerswerda gegründete Arbeitersiedlung genannt, deren Gründung kausal mit der Einrichtung des dortigen Brikettwerkes verknüpft ist. Das Werk schloss 1993 seine Pforten und parallel dazu setzte die Flucht der erwerbsfähigen Bevölkerung aus der zugehörigen Arbeitersiedlung ein. Auch die Unterschutzstellung der Brikettfabrik als Kulturdenkmal und ihre inhaltliche Aufbereitung als Industriemuseum mit einer Gesamtinvestition von rund 12 Mio. Euro im Kontext der Internationalen Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land vermag an dieser Tatsache nichts zu ändern, da ein Museum auch nicht annähernd das verloren gegangene Arbeitsplatzvolumen zu substituieren und die Bevölkerung auf Dauer am Ort zu binden vermag.

Gleiches gilt für die Stadt Weißwasser, dem Hohl- und Flachglaszentrum der ehemaligen DDR, deren Stadtgrundriss durch die großen, heute weitgehend brachliegenden Glashütten geprägt ist. Mit dem Wegfall der industriellen Grundlage entfällt in diesen, in landwirtschaftlichen Randertragslagen sehr spät und zugleich hoch spezialisiert industrialisierten Regionen der Siedlungsgrund. Weißwasser verliert jährlich 4,3% (2001) der Bevölkerung und hat damit das kritische Maß an Schrumpfung bereits weit überschritten.

Städte wie Hoyerswerda und Weißwasser werden mit Wegfall bzw. Reduktion der industriellen Grundlagen auf ihre vorindustrielle Größe einschrumpfen. Analoge Wüstungsprozesse treffen natürlich gleichermaßen das vor der Industrialisierung aufgrund der kargen Böden nur dünn besiedelte Umland. Es ist davon auszugehen, dass bis zur Mitte dieses Jahrhunderts Industriesiedlungen wie Knappenrode flächendeckend aufgegeben sein werden. Darin zeigt sich, dass die jüngeren Orte in Ausbauregionen, d. h. Städte und Dörfer, die außerhalb der seit dem 11./12. Jahrhundert erschlossenen mittelalterlichen Altsiedellandschaften liegen, noch nachhaltiger von der demographischen Kontraktion betroffen sein werden. Die alten zentralen Orte hingegen, die an der alten von Frankfurt am Main nach Breslau führenden via regia liegen, deren Verlauf im wesentlichen die Autobahn A4 folgt, haben wohl bessere Überlebenschancen, denn Städte wie Bautzen oder Kamenz liegen in der Nähe der alten und neuen Verkehrsachsen. Trotzdem bleibt festzuhalten: Schrumpfung und Migration führen zu einem Bevölke-

rungsverlust, der nicht nur zur Aufgabe von Plattenbauquartieren führen wird. Betroffen sein werden auch die Wachstumsringe des 19. Jahrhunderts mit ihrer vorzüglichen Gründerzeitsubstanz, aber auch die noch älteren Stadtkerne. Darin liegt ein Konflikt, den es im folgenden genauer zu betrachten gilt.

Denkmalpflege im Zeitalter von Schrumpfung und Migration

Sachsen hat rund 120.000 ausgewiesene Baudenkmale. Davon datieren mehr als 60% in die Zeit nach 1870/71 bis 1990, nur knapp 30% lassen sich der vorindustriellen Zeit, also der Zeit vor 1830 zuweisen. Ein großer Teil der als wertvoll und erhaltungswürdig identifizierten Bausubstanz liegt – sieht man einmal von den Stabilitätsinseln Dresden und Leipzig ab – in Regionen und Städten, die vom demographischen Wandel betroffen waren und sein werden. Der Schrumpfungsprozess führt also zu Aufgabe und absehbar auch Abbruch von denkmalgeschützter Bausubstanz.

Für die Denkmalpflege ist diese Begegnung mit einer unausweichlichen Wirklichkeit eine ebenso neue und erschreckende Erfahrung, der sie vielfach mit Abwehr und Ablehnung begegnet, da diese Entwicklung den in den vergangenen dreißig Jahren erzielten Bedeutungsgewinn der Denkmalpflege im staatlichen Gefüge ebenso wie im öffentlichen Diskurs in Frage stellt. Um zu verstehen, warum die Denkmalpflege so zögerlich auf diese Szenario reagiert, ist ein knapper Blick auf die wichtigsten Entwicklungslinien der Denkmalpflege notwendig.

Die Denkmalpflege, vornehmlich die Baudenkmalpflege, aber auch die archäologische Denkmalpflege ist, wie die Museen, ein Kind des Historismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der seinerseits als eine Antwort auf die extrem beschleunigten, industrialisierungsbedingten Wandlungs- und Wachstumsprozesse des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu verstehen ist. Museumsgründungen wie das Römisch-Germanische Nationalmuseum in Nürnberg, das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz, die Gründung zahlloser Geschichts- und Altertumsvereine sind in diesem Kontext zu sehen. Letztere übrigens sind – von Konstanz bis Zittau – die ersten Träger denkmalpflegerischer Bemühungen um den Erhalt mittelalterlicher Häuser und Kirchen.⁶ Kommunalpolitisch nahmen diese Vereine Einfluss auf Entwurf und Gestaltung neuer

Stadtquartiere und Rathäuser – der Renaissancehabitus mancher Gründerzeitquartiere kündigt noch heute von den Sehnsüchten und Aversionen dieser Generation. 1919 fixiert die Weimarer Reichsverfassung in §150 die Denkmalpflege als Staatsziel parallel zu den bereits in den Ländern bestehenden Denkmalschutzgesetzen. Die zwanziger Jahre sind aber – nach sehr substantiellen, um Kontur und Prinzipien des Denkmalbegriffes ringenden Jahren vor dem Ersten Weltkrieg – die Zeit, in der Denkmalpfleger erstmals von einer «geistig-sittlichen Erneuerung des Volkes» durch das Schöne und Edle im Denkmal sprechen. Die Heimatschutzbewegung der zwanziger Jahre steht in dieser Tradition: In München ist es vor allem Rudolf Esterer, 1929 Baubeamter in der bayerischen Schlösserverwaltung, der in einem Vortrag über Heimatschutz und neue Baugesinnung eine schöpferische Denkmalpflege fordert, ein Ansatz, den die Denkmalpflege des Dritten Reiches für sich nutzbar machen konnte.

In der Bundesrepublik sind die Jahre nach 1945 gekennzeichnet durch eine deutliche Abkehr vom überkommenen Baubestand. Selbstverständnis und Strategie des Wiederaufbaues lässt sich am besten durch den markanten Satz von Max Guthert, dem Stadtplaner Ulms, umschreiben, der «die alte Stadt als den Schoß bezeichnete, aus dem das Böse kroch». Nur einige wenige Städte, so Münster, Freiburg oder auch Lübeck haben einen anderen Wiederaufbauweg verfolgt. In Mitteleuropa hingegen – so in Dresden oder Chemnitz – wurde nach der Zerstörung 1950 die Innenstadt komplett abgeräumt und als moderne, ideologisch zeitgemäße Anlage wiederaufgebaut. Die Denkmalpflege gelang es erst in den achtziger Jahren, als die DDR die politische Legitimierungsqualität der Geschichte und damit der gebauten Substanz entdeckte, z. B. mit dem Wiederaufbau der Semperoper oder der Projektierung des Wiederaufbaues des Dresdner Schlosses, am politischen Diskurs zu partizipieren.

In der Bundesrepublik hingegen setzte ab dem Ende der sechziger Jahre ein Wandel im Verhältnis zur Denkmalpflege ein. Flankiert von dem ebenso berühmten wie falschen Satz, der Wiederaufbau habe in Westdeutschland mehr gewachsene Bausubstanz zerstört als der Krieg, lässt sich nahezu zeitgleich mit der Implementierung des Umweltschutzgedankens eine deutlich wachsende Akzeptanz gegenüber dem gebauten Erbe ab der Mitte der siebziger Jahre beobachten. Nicht nur Kunst-

historiker, sondern auch Architekten traten gegen substanzerstörende Flächensanierung auf und entdeckten – eingebettet in den zeittypischen gesellschaftskritischen Diskurs – die «alte Stadt». Die in den deutschen Ländern seit den siebziger Jahren erlassenen neuen Denkmalschutzgesetze flankierten den Substanzerhalt und erleichterten ihn durch staatliche Zuschüsse.

1989 trafen west- und ostdeutsche Denkmalpfleger mit ihren sehr unterschiedlichen politischen Erfahrungen und Prägungen und sehr ähnlichen Hoffnungen und Befürchtungen aufeinander. Beide nämlich warnten vor dem die historische Bausubstanz vermeintlich verschlingenden Kapitalismus, vor der zerstörerischen Kraft unkontrollierter Investitionen und erreichten sehr schnell die Verabschiedung von Denkmalschutzgesetzen, die sich, unter anderem in Sachsen, durch einen eher extensiven Denkmalbegriff auszeichnen. Die identitätsstiftende Wirksamkeit von Einzeldenkmälern, aber auch von ganzen Quartieren, auch solchen, die wieder aufzubauen waren, ist der konsensuale Schlüsselbegriff gesamtdeutschen Denkmalpflegeselbstverständnisses. Dies ist nur zu verständlich auf dem Hintergrund der katastrophalen Vernachlässigung der DDR-Innenstädte bis 1989, so dass konsequenterweise Bund und Länder ab 1991 große Budgets für die Denkmalerfassung wie für die Sanierung von Kulturdenkmälern zur Verfügung stellten. In Sachsen flossen zwischen 1991 und 2003 rund 1,2 Mrd. Euro in die Sanierung von Kulturdenkmälern. Die hohen direkten und indirekten staatlichen Zuschüsse spiegeln sich im übrigen auch in den hohen Verkehrswerten von Kulturdenkmälern bis in die Mitte der neunziger Jahre ebenso wie in der konservatorischen Auflagendichte wider.

Es gab daher – politisch, gesellschaftlich und nicht zuletzt unter den meinungsbildenden Eliten und Bauherren bzw. Investoren – einen hohen Konsens darüber, dass der eingeschlagene Weg der richtige sei. Wer sollte sich denn auch darüber beschweren, Förderung für die Sanierung von Jahrhundertwendeligenschaften in besten Lagen wie dem Chemnitzer Kaßberg, dem Weißen Hirsch in Dresden oder dem Musikerviertel in Leipzig zu erhalten. Jürgen Schneider hat sich nie über die Denkmalpflege beklagt – im Gegenteil, er verstand, dass sie der richtige Partner war, um mit seinen Investitionen die Herzen der Menschen und der Geldgeber zu erobern. Die in neuem Glanz und mit staatlichem Geld wiedererstandene Mädlerpassage ist selbstverständ-

lich ein Leipziger Juwel. Mit viel Geld und Engagement ist es allen Beteiligten gelungen, scheinbar unrettbare Quartiere zu revitalisieren: unbestritten eine großartige Leistung, die die ganze Bundesrepublik bezahlt hat.

Das Einvernehmen zwischen Denkmalbesitzern und Denkmalpflegern auf den verschiedensten staatlichen Ebenen zerbrach allerdings dann, als die Denkmalförderung geringer wurde, die Sonder-AfA auslief und es sich abzeichnete, dass bei weitem nicht allen aufwändig sanierten Quartieren ein nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg beschieden sein würde.

Überlagert man im Rückblick Entstehungsgeschichte und sich wandelndes Selbstverständnis der Denkmalpflege mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wird deutlich: Die Denkmalpflege westlich des Eisernen Vorhanges ist auf der einen Seite eine Antwort auf demokratische wie totalitäre Transformations- und Modernisierungsprozesse des 19. und 20. Jahrhunderts. Sie ist aber zugleich – wie die Stadt- und Raumplanung – ein Kind dieses Wachstums-Jahrhunderts. Denn nur dort, wo Nachfrage und Wettbewerb herrschen und staatliche Ökonomien leistungsstark genug sind, um regulierende Steuerung finanziell zu überwälzen, stehen Eingriffsverwaltungen überhaupt die Ressourcen und Arbeitsfelder zur Verfügung, die sie zur Zielerreichung benötigen. Dort, wo weder Wettbewerb noch Nachfrage herrschen und auch die staatlichen Haushalte schrumpfen, hat die traditionelle Denkmalpflege ein Orientierungsproblem. Dies die aktuelle Lage.

Was ist zu tun?

Für uns Denkmalpfleger führt daher kein Weg daran vorbei, nach einem «heroischen», für die Denkmalpflege überaus erfolgreichen Jahrhundert selbstkritisch Bilanz zu ziehen. Dazu gehört auch, unseren «Behauptungsvorrat», d. h. unsere Denkparameter und «symbolischen» Begriffe kritisch zu hinterfragen und auf ihre inhaltliche und strategische Belastbarkeit abzuklopfen. Der unausweichliche konsequente Paradigmenwechsel in der mittel- und ostdeutschen Raum- und Regionalplanung vom Wachstum zur Schrumpfung, die absehbar notwendige Konzentration ökonomischer und demographischer Potentiale und das Nachdenken über vernünftige Rückzugsstrategien aus der Fläche wird die Denkmalpflege zwingen, ihre semantischen Harmonisierungsstrategien aufzugeben und statt dessen ihren

Begriffsapparat zu schärfen, veränderte Wirklichkeiten wahrzunehmen und auf diese zu reagieren. Der Verweis auf die identitätsstiftende Wirkung Baudenkmalen wird uns des Nachdenkens darüber, wie wir mit radikal veränderten ökonomischen und demographischen Rahmenbedingungen umgehen, nicht auf Dauer entheben.

1. Wir müssen uns von dem Gedanken trennen, dass Denkmalpflege und die daraus abzuleitenden Arbeitsplätze in denkmalnahen Gewerken eine reale, innovationsbasierte Ökonomie zu ersetzen vermögen. Die geliebte Behauptung, dass gebaute Substanz identitätsstiftend sei, ist nur insoweit richtig, als sie das Sahnehäubchen auf einer wirtschaftlich und demographisch soliden Gesellschaft ist. Nicht zufällig rangiert bei Investoren die Kultur – und dazu gehört die Denkmalpflege im weitesten Sinne – auf Platz 29 eines Prioritätenkataloges, in dem die Voraussetzungen für Ansiedlungskriterien genannt sind. Wichtiger noch als Kultur ist die Nähe zu Wasserstrassen!

Auch Tourismus ist auf Dauer keine nachhaltige Ersatzindustrialisierung. Weder in der Oberlausitz noch im Elbe-Elster Kreis wird die Tourismuswirtschaft, die Musealisierung von Gartenstädten und Industriebrachen oder eine IBA Fürst-Pückler-Land produktive Arbeitsplätze substituieren und den demographischen Wandel beenden können.

2. Wir müssen daher den überaus schmerzlichen Befund akzeptieren, dass wir nicht unsere komplette gebaute Umwelt – so z. B. die in Sachsen überaus zahlreich vorhandenen Industriedenkmale, Jahrhundertwendequartiere, Siedlungen der zwanziger Jahre erhalten werden können. Wir werden auch akzeptieren müssen, dass die Menschen mit den Füßen abstimmen, d. h., dass sie lärmgeplagte Gründerzeitstrassen verlassen – mag man ihnen dort noch so attraktive, denkmalgeschützte Wohnungen bieten. Im Lärm wohnt man nur da, wo man muss – am Mittleren Ring in München beispielsweise. In Chemnitz muss man das nicht, da es genügend attraktiven, preiswerten Wohnraum in behaglicheren Stadtvierteln gibt.

3. Es führt damit kein Weg daran mehr vorbei, Schwerpunkte in der Unterschutzstellung zu setzen, darüber zu diskutieren, warum wir welches Gebäude erhalten oder aufgeben. Dies dürfte der schwierigste Teil sein, da sich die Bundesrepublik daran gewöhnt hat, genau dies nicht zu tun. Wenn es keinen Konsens gab,

haben wir uns immer so entschieden, dass wir alles tun und im Zweifelsfall auch bezahlen. Dies ist zu Ende – auch in der Denkmalförderung. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind absehbar begrenzt und daher müssen wir entscheiden, wohin sie fließen sollen.

4. Wir müssen unsere inhaltliche Prioritätensetzung und damit die finanzielle Förderung transparent gestalten. Aus meiner Sicht führt ein zukunftsweisender Argumentationsweg über den Alterswert der zu schützenden Gebäude. Aufgrund der Bauordnungen, einer sprunghaft ansteigenden Dokumentationsdichte ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts – Foto, Film, Baueingabepläne, Unterlagen von Architekturwettbewerben seien hier nur exemplarisch genannt – sind unsere jüngsten Denkmale diejenigen, die am besten dokumentiert sind. Zudem sind sie meist einphasig und damit kein geschichtlich über Jahrhunderte hochverdichtetes Zeugnis der Vergangenheit – anders als Kirchen, Burgen oder barocke Bürgerhäuser, die häufig einen mittelalterlichen Kernbau aufweisen. Weder Bauakten noch Fotos orientieren uns über die Bau- und Nutzungsgeschichte derartiger Liegenschaften.

Mein Votum ist daher: Trennen wir uns vom Jüngsten, um das Älteste erhalten zu können. Nur mit dieser klaren Prioritätensetzung im städtischen Raum eröffnen wir auch im stärker noch als die urbanen Ballungszentren gefährdeten ländlichen Raum Erhaltungsperspektiven für Kirchen, Schlösser, Gutshäuser und Gehöfte. Um allfälligen Missverständnissen vorzubeugen, in diesem Vorschlag stecke im Kern eine tiefe Verachtung der Moderne, sei angefügt: Selbstverständlich darf die Villa Schmincke in Löbau von Hans Scharoun nicht dem Verfall preisgegeben werden. Die Wüstenrot Stiftung hat sich hier wie in Caputh zu Recht und überaus erfolgreich engagiert. Aber auch bei diesen Highlights des 20. Jahrhunderts gilt: Wir werden uns entscheiden müssen, was wir in die Zukunft mitnehmen können.

5. Beratung geht vor Regulierung, Substanz geht vor Kosmetik und privat geht vor staatlich.

Unsere Gesetze, die Baugesetzgebung wie die Denkmalschutzgesetze, Umweltschutzgesetzgebung wie das Gewerberecht sind geprägt von wachsenden, stürmischen Gesellschaften, die der Begrenzung, der Regulierung bedürfen. Da wir aber keine stürmische, sondern eher eine lahme Gesellschaft sind, brauchen wir jeden, der etwas tut, jeden, der Kapital riskiert, der sich engagiert. Wir brauchen nicht Regulierung, wir

brauchen Motivation und exzellente Beratung. Denkmalpflege der Zukunft heißt damit: Beraten wir die Bauherren so, dass die Substanz, der mittelalterliche Dachstuhl, die barocke Täfelung oder die Renaissancedecke mit einem überschaubarem Aufwand und ebenso überschaubaren staatlichen Zuschüssen erhalten bleiben. Reversible Eingriffe sind nicht mehr unser Thema, die gesetzeflankierte Geschmackserziehung ist nicht Aufgabe der Denkmalpflege. Substanz geht vor Kosmetik.

Denkmalpflege der Zukunft heißt damit aber auch, sich gegen die weit verbreiteten Wünsche und Anspruchshaltungen zu positionieren, dass jedes Herrenhaus oder Schloss in Teilbereichen öffentlich zugänglich sein muss. Nur der nachhaltige Respekt vor privat genutzten Liegenschaften und der Respekt vor privatem Engagement garantiert Nutzung und Erhaltung: Privat geht vor staatlich.

6. Wir brauchen die Politik.

Endnoten

- 1 Gregor Thum, *Breslau 1945 – eine fremde Stadt*, Berlin 2003.
- 2 Dazu auch Pawel Detloff, *Wiedererweckung des nationalen Kulturerbes – Rekonstruktion von Baudenkmalern in Polen in den Jahren 1900-1939*, in: *Der Umgang mit dem kulturellen Erbe in Deutschland und Polen im 20. Jahrhundert*, Warschau 2004, S. 73.
- 3 Dazu zuletzt Matthias Meinhardt, *Der Mythos vom «Alten Dresden» als Bauplan. Entwicklung, Ursachen und Folgen einer retro-spektiv-eklektizistischen Stadtvorstellung*, in: *Städte aus Trümmern. Katastrophenbewältigung zwischen Antike und Moderne*, Göttingen 2004, S. 172-200.
- 4 Grundlegend dazu Herwig Birg, *Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*, München 2003.
- 5 Die im folgenden zusammengestellten Daten basieren vor allem auf der Studie «*Demographischer Wandel in Sachsen, Tagungsunterlagen für den Demographiegipfel ausgerichtet durch die Sächsische Staatskanzlei in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung am 21. April 2004*», Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen. Ferner wurden herangezogen Steffen Kröhnert, Nienke van Olst, Reiner Klingholz, *Deutschland 2020, Die demografische Zukunft der Nation*, Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung, Berlin 2004, Sachsen, S. 46-49 sowie der Vortrag von Meinhard Miegel, *Folgen der demographischen Entwicklung für Wirtschaft und Gesellschaft – Blickpunkt Ostdeutschland*, gehalten am 18. November 2003 im Rahmen des 7. Unternehmerkonventes des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes, siehe Meinhard Miegel, *Demographische Veränderungen – Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft in Ostdeutschland*, in: *Positionen und Perspektiven 1* (2003), S. 3-15.
- 6 Zuletzt Burkhard Körner, *Geschichte der Denkmalpflege im 20. Jahrhundert in Deutschland*, in: *Der Umgang mit dem kulturellen Erbe in Deutschland und Polen im 20. Jahrhundert*, Warschau 2004, S. 43ff.

Abkürzungen

AfA – Abschreibung für Abnutzung

Zusammenfassung

Anhand aktueller demographischer Entwicklungen und Prognosen werden Vorschläge zu einer inhaltlichen Prioritätensetzung denkmalpflegerischer Arbeit gemacht. Dies beinhaltet eine zeitliche Grenze des Denkmalbegriffs, die Forderung nach weniger Regulierung und mehr Beratung, der Förderung privaten Engagements mit dem Ziel der Erhaltung denkmalpflegerischer Substanz.

Autor

Dr. Judith Oexle, Landesarchäologin des Freistaates Sachsen und Direktorin des Landesmuseums für Vorgeschichte.

Titel

Judith Oexle, «Schrumpfende Ressourcen, weniger Menschen: Perspektiven der Denkmalpflege», Vortrag anlässlich des Symposiums «Nachdenken über Denkmalpflege» (Teil 4): «Nur die Prachtstücke? – Kategorisierung in der Denkmalpflege», Berlin, 2. April 2005, in: *kunsttexte.de*, Nr. 2, 2005 (7 Seiten), www.kunsttexte.de.